

**Vertragsbedingungen
für die Dienstleistung:**

**Social-Ads-Kampagne für die IGA 2027
Zukunftsgarten Duisburg**

Inhaltsverzeichnis Vertragsbedingungen

1.1	Bieterinnengemeinschaften	4
1.2	Erstellung der Angebote	4
1.3	Nebenangebote/Alternativangebote	5
1.4	Eignungskriterien	5
1.5	Auswahl der Leistungserbringerin	6
1.5.1	Anforderungen für Agenturbewerbungen	6
1.5.2	Vorgesehener Verfahrensgang zur Auswahl der Leistungserbringerin	7
1.6	Wertungs-/Zuschlagskriterien gemäß § 58 VgV	7
▪	Kriterium 1: Budgeteffizienz und Leistungsumfang	8
▪	Kriterium 2: Konzeption	11
▪	Kriterium 3: Pitch	13
1.7	Zuschlags- /Angebotsbindefrist	14
1.8	Nicht berücksichtigte Angebote	14
1.9	Unklarheiten, Rechtsverstöße und Fragen	15
1.10	Veröffentlichung der Vergabeunterlagen	15
1.11	Prüf- und Rügestelle, verantwortlicher Fachbereich	15
2.0	Vorbemerkungen zur Leistung	16
2.1	Gegenstand der Leistung	16
2.2	Abgrenzung der Leistung	16
3.0	Vorschriften	16
4.0	Zeitraum der Leistungserbringung	17
5.0	Angebotspreis	17
5.1	Auftragsabwicklung	17
6.0	Zahlungsbedingungen	17
7.0	Haftung	17
8.0	Erfüllungsmangel	18
9.0	Einsatz von Nachunternehmern	18
10.0	Schriftform	19
11.0	Kündigung	19
12.0	Datenschutz/Vertraulichkeit	19
13.0	Salvatorische Klausel/Gerichtsstand/Erfüllungsort	19
14.0	Urheberrecht	20

Allgemeine Vorbemerkungen

Diese Bedingungen sind Grundlage für die Angebotslegung und werden im Auftragsfall Vertragsbestandteil.

Die Angebote sowie alle zur Auftragsvergabe heranzuziehenden Unterlagen müssen in deutscher Sprache und unter Verwendung der EG-Norm (EN) abgegeben werden. Ebenfalls ist die Verhandlungs- und Vertragssprache deutsch. Angebote, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

Für das Angebot sind die von der Auftraggeberin (nachstehend AG genannt) übersandten Vordrucke zu verwenden. Die Verdingungsunterlagen und das Angebot sind an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben. Eine selbst gefertigte Vervielfältigung, Abschrift oder Kurzfassung ist - ausgenommen beim Leistungsverzeichnis - unzulässig.

Anstelle des von der AG übersandten Leistungsverzeichnisses können selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen verwendet werden, wenn die Bieterin den von der AG verfassten Wortlaut des Leistungsverzeichnisses als allein verbindlich anerkennt.

Abschriften oder Kurzfassungen müssen die Ordnungszahlen (Positionen) des von der AG übersandten Leistungsverzeichnisses vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern enthalten. Sie müssen für jede Teilleistung die Ordnungszahl, die Menge, die Einheit, den Einheitspreis, den Einheitspreis in Worten und den Gesamtbetrag, darüber hinaus den jeweiligen Kurztext sowie die dem Leistungsverzeichnis entsprechenden Überträge, Zwischensummen der Leistungsabschnitte, die Angebotssumme und alle von der AG geforderten Textergänzungen enthalten. Angebote, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden.

Die Abschrift oder Kurzfassung ist zu unterschreiben und wird zusammen mit dem von der AG übersandten Leistungsverzeichnis Bestandteil des Angebotes. Die Bieterin ist verpflichtet, auf Anforderung der AG vor Auftragserteilung ein vollständig ausgefülltes Leistungsverzeichnis nachzureichen.

Das Angebot muss vollständig sein. Es muss die Preise, Unterschriften und an allen dafür vorgesehenen Stellen der Ausschreibungsunterlagen die geforderten Eintragungen und Angaben enthalten. Das gilt auch für selbstgefertigte Abschriften und Kurzfassungen. Ist im Einzelfall eine abgefragte Angabe nicht bekannt, ist dieses Feld mit einer „0“ oder dem Eintrag „Keine Angabe möglich“ zu füllen, nicht zu streichen.

Geforderte Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot beizufügen. Der/die AG wird fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise zur Einreichung, Vervollständigung oder Korrektur nachfordern. Auch fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen können auf gesonderte Anforderung des/der AG nachgereicht oder vervollständigt werden, sofern es sich dabei nicht um erhebliche, die Rangfolge der Angebote beeinflussende Preise oder bewertungsrelevante Daten handelt, deren Nachforderung gemäß § 56 Abs. (3) VgV nicht zulässig ist.

Der/Die AG wird im Fall der Nachforderung von Unterlagen grundsätzlich eine Frist zur Nachreichung von 6 Kalendertagen (inkl. Sonntage und gesetzliche Feiertage) setzen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch den/die AG. Werden die Erklärungen und/oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, wird das Angebot gem. § 57 Abs. (1) Nr. 2 VgV von der Wertung ausgeschlossen.

Angebote, zu denen wesentliche Preisangaben oder bewertungsrelevante Unterlagen bzw. Erklärungen fehlen, werden aufgrund des bestehenden Nachforderungsverbotes von vornherein nach § 57 Abs. (1) Nr. 2 VgV ausgeschlossen.

Änderungen der Bieterin an ihren Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein und dürfen nicht in roter oder grüner Farbe erfolgen.

Alle Produktdokumentationen und sonstige geforderten Unterlagen müssen in deutscher Sprache abgegeben werden.

Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

1.1 Bieterinnengemeinschaften

Die Bildung von Bieterinnengemeinschaften ist zulässig. Die Bieterinnengemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und eines der Mitglieder als bevollmächtigte Vertreterin für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages bezeichnet ist,
- in der bestätigt wird, dass die bevollmächtigte Vertreterin die Bieterinnengemeinschaft gegenüber der AG rechtsverbindlich vertritt,
- in der festgelegt ist, welches Mitglied welche Leistungsanteile/-elemente ausführt,
- in der die gesamtschuldnerische Haftung erklärt wird.

Eine rechtssichere und problemlose Durchführung des Vertrages mit einer Bieterinnengemeinschaft setzt voraus, dass feststeht, wer genau Vertragspartnerin wird und wer im Rahmen der Bieterinnengemeinschaft für alle Mitglieder rechtsverbindliche Erklärungen abgeben kann. Die geforderte Erklärung rechtfertigt sich daher unter dem Gesichtspunkt erforderlicher Rechtsklarheit und -sicherheit.

1.2 Erstellung der Angebote

Grundsätzlich haben die Angebote in allen Punkten der Ausschreibung zu entsprechen.

Veränderungen der Ausschreibungsunterlagen in Form von Einfügungen bzw. Ausstreichen von Textstellen sind - außer an hierfür vorgesehenen Stellen - nicht zulässig. Angebote, an denen Veränderungen der v. g. Art vorgenommen wurden, werden im Rahmen der Wertung ausgeschlossen.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung der Bieterin Unklarheiten, so hat sie unverzüglich über die Vergabeplattform "Metropole Ruhr" Aufklärung zu verlangen. Unterlässt sie dies, kann sie sich später nicht auf etwaige Unklarheiten in den Vergabeunterlagen berufen.

Eventuell notwendige ergänzende Informationen werden allen Bieterinnen bekannt gegeben.

Die Bieterin muss sich vor Abgabe des Angebots über alle Bedingungen unterrichten, die für die Ausführung der Leistung und für die Preisermittlung bedeutsam sind. Wenn nötig, hat sie sich über die Vergabeplattform "Metropole Ruhr" mit der AG in Verbindung zu setzen.

Die AN verpflichtet sich mit der Auftragsannahme alle nachfolgenden Bedingungen uneingeschränkt anzuerkennen.

Grundlage für die Ausführung der Leistung sind ausschließlich die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR“ und die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Bedingungen. Das Beifügen oder die Geltendmachung eigener, davon abweichender Geschäftsbedingungen im Rahmen der Angebotsabgabe, wie im Fall der Auftragserteilung, auch innerhalb der Auftragsbestätigung, ist nicht zulässig. Das gilt auch für die Rückseiten jeglicher, in Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung stehender Korrespondenzen. Die konkludente Annahme abweichender Geschäftsbedingungen durch die AG ist

grundsätzlich ausgeschlossen. Abweichende Geschäftsbedingungen bedürfen immer der vorherigen schriftlichen Einwilligung der AG um Wirksamkeit zu erlangen.

Es werden ausschließlich elektronische Angebote in Form von eingescannten Angebotsunterlagen über die Vergabeplattform "Metropole Ruhr" oder schriftliche Angebote in Papierform zugelassen.

Die Abgabe digitaler Angebote, d. h. die direkte Eingabe der Angebotsdaten und geforderten Erklärungen direkt über die Vergabeplattform, ist z. Z. noch nicht möglich und somit auch nicht zugelassen.

1.3 Nebenangebote/Alternativangebote

Neben-/ Alternativangebote im Sinne des § 35 VgV sind nicht zugelassen.

1.4 Eignungskriterien

Zur Prüfung ihrer Eignung sind von der Bieterin zusammen mit dem Angebot, spätestens aber sechs Kalendertage nach besonderer Anforderung der AG, folgende Nachweise beizubringen:

Hinweis: Sollte die Bieterin aufgrund ihrer Eigenschaft als „Newcomer“ nicht über entsprechende Referenzen verfügen, so ist mit der Angebotsabgabe eine entsprechende Eigenerklärung der Bieterin einzureichen. Die Eigenerklärung muss frei und wahrheitsgemäß formuliert werden. In der Eigenerklärung muss der Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme und eine Zusammenfassung der Geschäftsfelder im Allgemeinen und bezogen auf vergleichbare Leistungen genannt werden. Sie soll einen Überblick über das Unternehmen bieten und die AG bei der Beurteilung der Eignungskriterien der Bieterin unterstützen. Die folgenden Erklärungen und Fragen sind auch als „Newcomer“ so weit wie möglich in den entsprechenden Formblättern zu beantworten:

- Auflistung der wesentlichen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren erbrachten vergleichbaren Leistungen mit Angaben zum Auftragswert, Leistungszeitraum, Auftraggeber mit Ansprechperson und Telefonnummer (Referenzenliste, Formblatt F1)
- Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz bezüglich der besonderen Leistungsart, die Gestand der Vergabe ist, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre
Formblatt F2
- Jahresdurchschnittlich Beschäftigte in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren **Formblatt F3**
- Eigenerklärung der Bieterin zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen gemäß beigefügtem **Formblatt F5**
- Eigenerklärung zur illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften gemäß **Formblatt F9**
- Eigenerklärung für das Nichtvorliegen aller Ausschlussgründe **gemäß Formblatt F7**
- Erklärung zur Bildung einer Bieterinnengemeinschaft **gemäß Formblatt F8**
- Eigenerklärung zum Nachunternehmereinsatz **gemäß Formblatt F10**
- Nachweis der gewerberechtlichen Anmeldung gemäß Gewerbeordnung und die Eintragung in die Handelsregister, das Berufsregister oder das Register der Industrie- und Handelskammer
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft
Eine Bieterin, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat eine Bescheinigung des für sie zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen.
- Eigenerklärung zur bestehenden Betriebshaftpflichtversicherungsdeckung (**Formblatt F13**).
Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, ist diese durch einen Nachweis über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssumme für Personen- und Sachschäden

2.000.000 EUR und für Vermögensschäden 100.000 EUR (Kopie der Versicherungspolice oder Bestätigung der Versicherungsgesellschaft) zu ersetzen.

Auf besondere Anforderung der AG sind darüber hinaus kurzfristig einzureichen:

Kopie einer jeweils aktuellen

- Auskunft der Geschäftsbank der Bieterin (nicht älter 1 Monat, berechnet vom Einreichungsdatum),
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Finanzbehörde*,
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Sozialversicherungsträgers*,
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft*
(Eine Bieterin, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat auf Verlangen der AG eine Bescheinigung des für sie zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen).

** nicht älter als 2 Monate, gerechnet vom Ausstellungsdatum bis zum Eingang bei der AG*

Der/die AG behält sich das Recht vor, vor der Zuschlagserteilung von dem/der potentiellen AN entsprechende Nachweise oder Bescheinigungen zu den abgegebenen Eigenerklärungen anzufordern. Kopien von den Nachweisen bzw. Bescheinigungen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben.

Die mit "(oder Präqualifikation oder EEE)" gekennzeichneten Eigenerklärungen zur Eignung können wahlweise durch das Ausfüllen und die Unterschrift der entsprechenden, in der [Anlage 2](#) enthaltenen Formblätter [F1 – F13](#) oder gem. § 50 Abs. (1) VgV in Form des Standardformulars für die "Einheitliche Europäische Eigenerklärung" oder gem. § 122 Abs. (3) GWB und § 50 Abs. (3) Satz 1 VgV auf dem Wege der Präqualifikation über ein für den/die AG kostenfrei zugängliches Datenbanksystem beigebracht werden. Im Fall der Präqualifikation müssen die Präqualifikationsunterlagen die entsprechenden Daten vollständig enthalten und dürfen die von der Präqualifikationsstelle festgelegte Gültigkeitsdauer nicht überschritten haben. Die Präqualifikationsstelle und die im Präqualifikationsverzeichnis eingetragene Nummer müssen in der Anlage 1 (Allgemeine Unternehmensdaten) angegeben werden. Wird das Präqualifikationsverfahren für den Eignungsnachweis genutzt, müssen die entsprechenden [Formblätter F1 – F13 in der Anlage 2](#), die durch die Präqualifikationsunterlagen ersetzt werden, weder ausgefüllt noch unterschrieben werden.

1.5 Auswahl der Leistungserbringerin

1.5.1 Anforderungen für Agenturbewerbungen

Die beauftragte Agentur muss einen nachweisbaren Bezug zum Ruhrgebiet haben, der sich durch erfolgreich umgesetzte Projekte manifestiert. Hierfür sind mindestens drei Referenzen aus den letzten drei Jahren vorzulegen, die diese regionale Affinität belegen. Darüber hinaus ist eine fundierte Erfahrung in der Betreuung von Auftraggeberinnen aus dem öffentlichen Dienst erforderlich, welche durch mindestens zwei entsprechende Referenzprojekte der letzten drei Jahre nachzuweisen ist. Das Projektmanagement muss durch eine Projektleitung mit mindestens drei Jahren Berufserfahrung im Bereich Social Media erfolgen, die über einschlägige Kenntnisse in der Betreuung von öffentlichen Auftraggebern sowie über Erfahrungen mit Projekten im Ruhrgebiet verfügt. Ergänzend dazu ist eine stellvertretende Projektleitung zu benennen, die mindestens drei Jahre Berufserfahrung in denselben Bereichen aufweist. Außerdem soll die Agentur bereit sein, regelmäßige Produktions- sowie Abstimmungstermine vor Ort in Duisburg zu koordinieren und zu betreuen. Weiterhin wird von der Agentur erwartet, dass sie über ein hohes Maß an Kreativität und Innovationskraft sowie strategisches Verständnis in der Erstellung und Veröffentlichung von Social Ads verfügt. Die Angestellten der Agentur müssen fließende und verhandlungssichere Deutschkenntnisse vorweisen können. Diese Anforderungen müssen im Pitch aufgeführt werden.

1.5.2 Vorgesehener Verfahrensgang zur Auswahl der Leistungserbringerin

Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden die Bieterinnen eingeladen, ihr eingereichtes Konzept im Rahmen eines Pitches persönlich zu präsentieren. Der Pitch dient dazu, die zentralen Inhalte und strategischen Ansätze des Konzeptes zu erläutern und die Eignung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erreichung der Projektziele darzustellen. Die Präsentation bietet der Auftraggeberin die Möglichkeit, offene Fragen zu klären, die Herangehensweise der Bieterinnen besser zu verstehen und einen direkten Eindruck von deren Kompetenz und Innovationskraft zu gewinnen. Die Pitches sollen eine Dauer von max. 25 Minuten nicht überschreiten und sind eine wesentliche Grundlage für die nachfolgende Bewertung der Angebote.

Die Auftraggeberin behält sich vor, nach Bewertung der Budgetverteilung und der eingereichten Konzepte ausschließlich die drei bestplatzierten Bieterinnen zu einem Pitch einzuladen.

Nicht berücksichtigte Pitchteilnehmerinnen erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 750 € netto.

Für die Erstellung des Angebotes wird keine Vergütung gewährt.

Auf der Grundlage dieses Angebotes wertet die Auftraggeberin die Angebote anhand der festgelegten Zuschlagskriterien aus. Der Auftrag wird an die Bieterin vergeben, deren Angebot das wirtschaftlichste darstellt.

1.6 Wertungs-/Zuschlagskriterien gemäß § 58 VgV

Im Rahmen der Wertung der Angebote werden die folgenden Punkte bezogen auf die zu realisierende Maßnahme zur Entscheidungsfindung für die Auftragserteilung herangezogen:

	Gewichtung	Punkte
1. Budgeteffizienz und Leistungsumfang	30%	30
2. Konzeption	55%	55
unterteilt in		
- Kreativität/Innovation	25%	25
- Ganzheitlichkeit/Plausibilität	20%	20
- Projektmanagement und Kompetenzen	10%	10
3. Pitch	15%	15

Der Zuschlag wird auf das insgesamt wirtschaftlichste Angebot gegeben. Es muss ein detailliertes Angebot eingereicht werden, um die Budgeteffizienz sowie den Leistungsumfang nachvollziehen zu können. Hierzu ist die Excel-Datei „Budgetverteilung“ auszufüllen. Die Angaben zur Konzeption sind umfassend in Form einer PDF oder PowerPoint oder Vergleichbarem einzureichen.

Der Pitch soll in einem frei gewählten Format angefertigt und Vor-Ort in Präsenz präsentiert werden.

Definition der Zuschlagskriterien

Es können maximal 100 Punkte erzielt werden. Entsprechend der vorgegebenen Gewichtung können bei dem Kriterium „Budgeteffizienz und Leistungsumfang“ somit maximal 30 Punkte, bei dem Kriterium „Konzeption“ maximal 55 Punkte und bei dem Kriterium „Pitch“ maximal 15 Punkte erzielt werden.

▪ Kriterium 1: Budgeteffizienz und Leistungsumfang

Das Zuschlagskriterium „Budgeteffizienz und Leistungsumfang“ wird insgesamt mit 30 % bzw. 30 Punkten gewichtet.

Für die ausgeschriebene Leistung steht ein maximales Gesamtbudget in Höhe von EUR 500.000 netto zur Verfügung. Dieses Budget umfasst sämtliche zur Leistungserbringung erforderlichen Kosten, insbesondere Strategie, Konzeption, Kreation, Projektmanagement, Content-Produktion, Abstimmungen, Reporting, Mediaschaltung, etwaige Toolkosten sowie sonstige Nebenkosten, soweit diese nicht ausdrücklich anderweitig geregelt sind.

Angebote, die das vorgegebene Maximalbudget überschreiten, werden ausgeschlossen.

Bewertet wird nicht der niedrigste Angebotspreis. Maßgeblich ist vielmehr, ob aus der Kalkulation nachvollziehbar hervorgeht, welche Leistungen in welchem Umfang erbracht werden, wie die Mittel über den Leistungszeitraum, die Kampagnenphasen und die einzelnen Leistungsbestandteile verteilt werden und ob das Verhältnis von Agenturhonorar, Produktionskosten und Mediabudget fachlich plausibel, wirtschaftlich angemessen und kampagnenwirksam erscheint.

Die Bieterin hat darzustellen, wie das vorgegebene Gesamtbudget über den gesamten Leistungszeitraum eingesetzt wird. Dabei sind insbesondere die Kostenanteile für Strategie, Konzeption, Kreation, Projektmanagement, Abstimmungen, Content-Produktion, Media-Planung, Media-Schaltung, Kampagnensteuerung, laufende Optimierung, Reporting sowie etwaige Fremdleistungen, Tools, Lizenzen und Nebenkosten nachvollziehbar auszuweisen.

Mittels dieses Kriteriums wird in einer Staffelung von 0 (schlecht), 8, 15, 23 und 30 (sehr gut) Punkten bewertet,

- ob die Budgetverteilung vollständig, transparent und rechnerisch nachvollziehbar dargestellt ist,
- ob die einzelnen Kostenpositionen klar bezeichnet, sinnvoll voneinander abgegrenzt und prüffähig erläutert sind,
- ob Annahmen, Pauschalen, Tagessätze, Produktionsansätze, Mediaannahmen und sonstige Kalkulationsgrundlagen plausibel hergeleitet werden,
- ob die Verteilung des Budgets zu den ausgeschriebenen Leistungen, den vorgeschlagenen Kanälen, Zielgruppen, Kampagnenphasen, Laufzeiten und Maßnahmen passt,
- ob saisonale, marktbezogene, zielgruppenbezogene oder kampagnenlogische Schwerpunkte nachvollziehbar berücksichtigt werden,
- ob die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie einen erkennbaren Beitrag zur Zielerreichung, Kampagnenwirkung, Reichweite, Markenwahrnehmung, Interaktion oder Conversion erwarten lassen,
- ob die geplanten Leistungen im Verhältnis zu Aufwand, Laufzeit, Budget und erwarteter Wirkung realistisch und wirtschaftlich erscheinen,
- ob transparent wird, welche Leistungen durch die Bieterin selbst und welche Leistungen gegebenenfalls durch Dritte erbracht werden,
- ob Fremdleistungen, Produktionskosten, Toolkosten, Lizenzkosten und Nebenkosten vollständig und nachvollziehbar in die Gesamtkalkulation eingebunden sind,
- ob das Agenturhonorar im Verhältnis zu Strategie, Konzeption, Kreation, Projektmanagement, Abstimmungsaufwand, Kampagnensteuerung, Optimierung und Reporting angemessen erscheint,
- ob die Produktionskosten im Verhältnis zu Art, Menge, Qualität, Komplexität, Wiederverwendbarkeit und kanalbezogener Anpassung der geplanten Inhalte plausibel sind,
- ob ein angemessener und wirksamer Anteil des Budgets für die tatsächliche Media-Schaltung vorgesehen ist,
- ob das Mediabudget im Verhältnis zu den angestrebten Reichweiten-, Awareness-, Traffic-, Engagement- oder Conversion-Zielen realistisch erscheint,
- ob zugleich ausreichend Mittel für eine professionelle strategische, kreative, operative und analytische Leistungserbringung vorgesehen sind,
- ob die Kalkulation insgesamt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Qualität der Agenturleistung, Qualität der Content-Produktion und tatsächlicher Kampagnenausspielung erkennen lässt,

- ob die Budgetverteilung insgesamt eine wirtschaftliche, zielorientierte und realistisch umsetzbare Leistungserbringung erwarten lässt.

Entscheidend ist nicht, ob ein möglichst hoher Anteil des Budgets in eine einzelne Kostenposition fließt. Positiv bewertet wird insbesondere eine fachlich begründete, ausgewogene und kampagnenwirksame Mittelverwendung, bei der Strategie, Kreation, Produktion, Media-Schaltung, Steuerung, Optimierung und Reporting in einem nachvollziehbaren und leistungsangemessenen Verhältnis zueinanderstehen.

Eine Unterschreitung des vorgegebenen Maximalbudgets führt nicht automatisch zu einer besseren Bewertung. Maßgeblich ist die wirtschaftliche, transparente, zielorientierte und leistungsangemessene Verwendung des zur Verfügung stehenden Budgets.

30 Punkte

Die Budgetverteilung ist vollständig, sehr transparent, rechnerisch klar nachvollziehbar und inhaltlich sehr überzeugend hergeleitet. Alle wesentlichen Kostenpositionen sind eindeutig dargestellt, sinnvoll voneinander abgegrenzt und prüffähig erläutert. Die Kalkulation macht klar erkennbar, welche Leistungen in welchem Umfang erbracht werden, welche Annahmen der Kalkulation zugrunde liegen und wie sich die Mittel auf Strategie, Konzeption, Kreation, Content-Produktion, Projektmanagement, Abstimmungen, Media-Planung, Media-Schaltung, Kampagnensteuerung, Optimierung, Reporting sowie etwaige Fremdleistungen, Tools, Lizenzen und Nebenkosten verteilen.

Die Mittelverwendung steht in einem sehr klaren Bezug zu den Kampagnenzielen, Zielgruppen, Kanälen, Laufzeiten, Kampagnenphasen und Maßnahmen. Schwerpunkte im Budgeteinsatz sind überzeugend begründet und lassen einen besonders wirksamen Beitrag zur Zielerreichung erwarten.

Das Verhältnis von Agenturhonorar, Produktionskosten und Mediabudget ist sehr ausgewogen, fachlich plausibel und überzeugend begründet. Das Agenturhonorar erscheint im Verhältnis zu Leistungsumfang, Projektlaufzeit, Steuerungsaufwand und Betreuungsintensität sehr angemessen. Die Produktionskosten sind im Hinblick auf Art, Menge, Qualität, Komplexität und kanalbezogene Nutzbarkeit der Inhalte sehr gut nachvollziehbar. Das Mediabudget erscheint im Verhältnis zu Zielgruppen, Kanälen, Laufzeiten und Kampagnenzielen sehr überzeugend.

Insgesamt lässt die Kalkulation eine besonders wirtschaftliche, zielorientierte, wirkungsorientierte und realistisch umsetzbare Leistungserbringung erwarten.

23 Punkte

Die Budgetverteilung ist überwiegend vollständig, transparent und nachvollziehbar. Die wesentlichen Kostenpositionen sind dargestellt, grundsätzlich sinnvoll voneinander abgegrenzt und weitgehend prüffähig erläutert. Die Kalkulation macht überwiegend deutlich, welche Leistungen in welchem Umfang erbracht werden und wie sich die Mittel auf die zentralen Leistungsbestandteile verteilen.

Die Mittelverwendung steht weitgehend in einem nachvollziehbaren Bezug zu Kampagnenzielen, Zielgruppen, Kanälen, Laufzeiten, Kampagnenphasen und Maßnahmen. Budgetschwerpunkte sind überwiegend plausibel begründet. Einzelne Ansätze, Kostenpositionen oder Herleitungen bleiben weniger detailliert erläutert, beeinträchtigen die Gesamtplausibilität jedoch nicht wesentlich.

Das Verhältnis von Agenturhonorar, Produktionskosten und Mediabudget ist überwiegend ausgewogen, angemessen und nachvollziehbar begründet. Die Aufteilung zeigt grundsätzlich ein überzeugendes Verhältnis zwischen professioneller Agenturleistung, qualitätsvoller Content-Produktion und wirksamer Media-Schaltung. Insgesamt lässt die Kalkulation eine wirtschaftliche, zweckmäßige und realistisch umsetzbare Leistungserbringung erwarten.

15 Punkte

Die Budgetverteilung ist grundsätzlich nachvollziehbar, weist jedoch erkennbare Unschärfen, Lücken oder nur durchschnittliche Herleitungen auf. Wesentliche Kostenpositionen sind benannt, aber nicht durchgehend ausreichend erläutert, rechnerisch hergeleitet oder klar voneinander abgegrenzt. Die Kalkulation lässt erkennen, welche Leistungen erbracht werden sollen, bleibt hinsichtlich Umfang, Aufwand, Mengenansätzen oder Kostenannahmen jedoch teilweise unkonkret.

Der Bezug zu Kampagnenzielen, Zielgruppen, Kanälen, Laufzeiten, Kampagnenphasen und Maßnahmen ist teilweise erkennbar, aber nicht konsequent ausgearbeitet. Die Mittelverwendung erscheint grundsätzlich geeignet, die ausgeschriebenen Leistungen umzusetzen, überzeugt hinsichtlich Transparenz, Zielorientierung, Wirtschaftlichkeit und Wirkungsbezug jedoch nur eingeschränkt.

Das Verhältnis von Agenturhonorar, Produktionskosten und Mediabudget ist grundsätzlich nachvollziehbar, jedoch nur durchschnittlich überzeugend. Einzelne Kostenbereiche erscheinen im Verhältnis zu Leistungsumfang, Produktionsmenge, Media-Zielen oder Kampagnenlaufzeit nur eingeschränkt plausibel oder nicht ausreichend begründet. Insgesamt ist eine grundsätzlich umsetzbare und wirtschaftlich noch vertretbare Leistungserbringung erkennbar.

8 Punkte

Die Budgetverteilung ist nur teilweise nachvollziehbar und bleibt in wesentlichen Punkten oberflächlich. Mehrere Kostenpositionen sind unklar, nicht ausreichend aufgeschlüsselt, nur pauschal dargestellt oder rechnerisch nur eingeschränkt prüffähig. Die Kalkulation lässt nur begrenzt erkennen, welche Leistungen in welchem Umfang tatsächlich erbracht werden und wie sich das Budget auf die einzelnen Leistungsbestandteile verteilt.

Der Bezug zwischen Budgeteinsatz und Kampagnenzielen, Zielgruppen, Kanälen, Laufzeiten, Kampagnenphasen oder Maßnahmen ist nur schwach erkennbar. Es bestehen deutliche Zweifel, ob die Mittelverteilung geeignet ist, die ausgeschriebenen Leistungen wirtschaftlich, zielgerichtet und wirkungsorientiert umzusetzen.

Das Verhältnis von Agenturhonorar, Produktionskosten und Mediabudget wirkt nur teilweise angemessen oder unausgewogen. Einzelne Kostenanteile erscheinen deutlich zu hoch oder zu niedrig, ohne dass dies überzeugend begründet wird. Es bestehen Zweifel, ob ausreichend Mittel für professionelle Agenturleistung, qualitätsvolle Content-Produktion oder wirksame Media-Schaltung vorgesehen sind. Die Kalkulation erfüllt die Erwartungen nur in geringem Umfang.

0 Punkte

Die Budgetverteilung ist nicht nachvollziehbar, unvollständig oder in wesentlichen Teilen nicht prüffähig. Zentrale Kostenpositionen fehlen, sind nicht erläutert oder lassen keinen sachgerechten Bezug zum ausgeschriebenen Leistungsumfang erkennen. Die Kalkulation macht nicht hinreichend deutlich, welche Leistungen in welchem Umfang erbracht werden und wie das vorgegebene Budget eingesetzt werden soll.

Das Verhältnis von Agenturhonorar, Produktionskosten und Mediabudget ist nicht nachvollziehbar, nicht ausgewiesen oder offensichtlich unangemessen. Eine fachlich plausible, wirtschaftliche und kampagnenwirksame Mittelverwendung ist nicht erkennbar.

▪ Kriterium 2: Konzeption

Das Zuschlagskriterium „Konzeption“ wird insgesamt mit 55 % (55 Punkten) gewichtet.

Das Zuschlagskriterium setzt sich aus nachfolgenden Unterkriterien zusammen:

	Gewichtung	Punkte
▪ Kreativität/Innovation	25 %	25
▪ Ganzheitlichkeit/Plausibilität	15 %	20
▪ Projektmanagement und Kompetenzen	10 %	10
▪ Gesamt	55 %	55

Da die Gesamtbewertung 55 Punkte beträgt, werden die erreichten Punktzahlen der Unterkriterien miteinander addiert.

Kreativität/Innovation

Mittels dieses Kriteriums wird in einer Staffelung von 0 (schlecht), 6, 13, 19 und 25 (sehr gut) Punkten bewertet, ob und wie das jeweilige Angebot ein geeignetes Social-Ads-Konzept unter Berücksichtigung der Briefing-Vorgaben einsetzt. Im Fokus steht die Fähigkeit der Bietenden, aufmerksamkeitsstarke, zeitgemäße und plattformgerechte Kommunikationsideen zu entwickeln, die sich im wettbewerbsintensiven, digitalen Umfeld deutlich abheben und unterschiedliche Zielgruppen wirksam ansprechen. Erwartet werden innovative Content-Formate, kreative Storytelling-Ansätze sowie die Fähigkeit, aktuelle Trends, Nutzungsverhalten und technische Möglichkeiten sozialer Netzwerke sinnvoll in die Kampagnenstrategie zu integrieren.

Besonders positiv bewertet werden Konzepte, die:

- einen hohen Wiedererkennungswert besitzen und eine eigenständige visuelle sowie kommunikative Identität im Rahmen der Corporate-Design-Vorgaben der IGA gGmbH schaffen,
- klassische Gartenschau- oder Veranstaltungsbilder modern, überraschend und emotional interpretieren,
- kanalübergreifend gedacht sind und die Besonderheiten von Facebook, Instagram sowie optional TikTok und Pinterest oder auch Podcasts gezielt nutzen,
- Interaktion, Community-Beteiligung, User Generated Content oder virale Mechanismen fördern,
- innovative Werbeformate, datengetriebene Kreativansätze oder neue digitale Trends sinnvoll einbinden,
- die internationale Ausrichtung der Kampagne berücksichtigen und Inhalte für unterschiedliche Märkte adaptierbar gestalten,
- nachhaltig Aufmerksamkeit erzeugen und damit nachweisbar zur Reichweite, Markenwahrnehmung und Conversion beitragen können.

Bewertet wird zudem die Aufbereitung der Unterlagen.

25 Punkte: Stark ausgeprägte Kreativität und starke innovative Ansätze. Das Angebot erfüllt die Erwartungen in hervorragender Weise.

19 Punkte: Gut ausgeprägte Kreativität mit einigen innovativen Ansätzen. Das Angebot erfüllt die Erwartungen zufriedenstellend.

- 13 Punkte:** Durchschnittliche Ansätze von Kreativität und Innovation sind erkennbar. Das Angebot erfüllt die Erwartungen.
- 6 Punkte:** Vorschläge sind nur konventionell. Das Angebot erfüllt kaum die Mindestexpectationen.
- 0 Punkte:** Vorschläge genügen den Ansprüchen nicht. Das Angebot wird ausgeschlossen.

Ganzheitlichkeit/Plausibilität

Mittels dieses Kriteriums wird in einer Staffelung von 0 (schlecht), 5, 10, 15 und 20 (sehr gut) Punkten bewertet, ob das Social-Ads-Konzept hinsichtlich der Machbarkeit und Praxisnähe realistisch sind. Die Bewertung der realistischen Umsetzbarkeit des Konzepts erfolgt unter anderem anhand der Nachvollziehbarkeit, der praktischen Realisierbarkeit und der konzeptionellen Reife des Angebots. Es wird geprüft, inwiefern das Konzept schlüssig ausgearbeitet ist, eine klare Strategie erkennen lässt und realistisch umsetzbar ist.

- 20 Punkte:** Das Angebot zeigt stringent eine realistische Umsetzbarkeit auf, ist in sich schlüssig und sehr gut nachvollziehbar. Es erfüllt die Erwartungen in hervorragender Weise.
- 15 Punkte:** Das Angebot erfüllt die Erwartungen zufriedenstellend und weist eine gute Umsetzbarkeit mit vielen realistischen Maßnahmen sowie einer hohen Nachvollziehbarkeit auf.
- 10 Punkte:** Das Angebot erfüllt die Erwartungen und ist nachvollziehbar mit einer durchschnittlichen Umsetzbarkeit sowie erkennbar realistischen Maßnahmen.
- 5 Punkte:** Die Umsetzbarkeit ist nur oberflächlich ausgearbeitet, hat wenig Bezug zur realistischen Umsetzung und ist schwer nachvollziehbar. Das Angebot erfüllt kaum die Mindestexpectationen.
- 0 Punkte:** Das Angebot zeigt keine oder nur ungenügende realistische Umsetzbarkeit und ist kaum nachvollziehbar.

Projektmanagement und Kompetenzen

Mittels dieses Kriteriums wird in einer Staffelung von 0 (schlecht), 2, 5, 7 und 10 (sehr gut) Punkten bewertet, ob die Bieterin in der Lage erscheint, die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Aufgaben adäquat umzusetzen. Bewertet werden die Entsprechungen zu den Anforderungen an das durch die Bieterin aufgeführte Personal und Expertise (Qualifikation, zu erwartende effiziente Organisations- und Arbeitsstruktur im Hinblick auf die unterschiedlichen Aufgaben wie Konzeption, Content Creation, Veröffentlichung, Monitoring), Aussagen zur Bereitschaft von Präsenzterminen in Duisburg, Vertretungsregelungen und Verfügbarkeit einer/eines Projektverantwortlichen zu jeder Zeit im angestrebten Vertragszeitraum, Ruhrgebietsaffinität und Standort sowie Erfahrungen mit Auftraggeberinnen aus dem öffentlichen Dienst). Angaben hierzu sind auch im Pitch zu erbringen.

- 10 Punkte:** Sehr gutes Konzept zum Projektmanagement/zu den Kompetenzen, das die Vorgaben der Leistungsbeschreibung und die Erwartungen an Qualifikation, Organisations- und Arbeitsstruktur, Präsenz der Anbieterin, Vertretungsregelungen und Verfügbarkeit einer/eines Projektverantwortlichen vollständig und überzeugend umsetzt.
- 7 Punkte:** Gutes Konzept zum Projektmanagement/zu den Kompetenzen, das die Vorgaben der Leistungsbeschreibung und die Erwartungen an die Qualifikation, Organisations- und Arbeitsstruktur, Präsenz der Bieterin, Vertretungsregelungen und Verfügbarkeit einer/eines Projektverantwortlichen meistens umsetzt.
- 5 Punkte:** Befriedigendes Konzept zum Projektmanagement/zu den Kompetenzen, das die Vorgaben der Leistungsbeschreibung und die Erwartungen an die Qualifikation, Organisations- und Arbeitsstruktur, Präsenz der Bieterin, Vertretungsregelungen und Verfügbarkeit einer/eines Projektverantwortlichen teilweise umsetzt.
- 2 Punkte:** Nicht vollständig ausreichendes Konzept zum Projektmanagement/zu den Kompetenzen, das die Vorgaben der Leistungsbeschreibung und die Erwartungen an die Qualifikation, Organisations- und Arbeitsstruktur, Präsenz der Bieterin, Vertretungsregelungen und Verfügbarkeit eines/einer Projektverantwortlichen eingeschränkt nachvollziehbar umsetzt.
- 0 Punkte:** Das Konzept zum Projektmanagement/Kompetenzen ist sowohl qualitativ als auch quantitativ nicht ausreichend.

▪ Kriterium 3: Pitch

Das Zuschlagskriterium „Pitch“ wird insgesamt mit 15% (15 Punkten) gewichtet.

Mittels dieses Kriteriums wird in einer Staffelung von 0 (schlecht), 3, 7, 11 und 15 (sehr gut) Punkten bewertet, ob die Agentur die Anforderungen aus 1.5 erfüllt sowie ihre Konzepte und Ideen ansprechend, überzeugend und professionell im vorgegebenen Zeitraum präsentieren kann. Die Bewertung erfolgt unter anderem anhand der Interaktion sowie der Überzeugungskraft und Klarheit der Präsentation, wobei die logische Gliederung der Inhalte, die Verständlichkeit der Sprache sowie die Fähigkeit, die Kernbotschaften prägnant zu vermitteln, berücksichtigt werden. Auch die optische Gestaltung der Pitch-Unterlagen wird bewertet. Der Pitch darf maximal 25 Minuten betragen.

- 15 Punkte:** Die Präsentation ist optisch sehr ansprechend, äußerst überzeugend und klar strukturiert, die Inhalte sind logisch gegliedert, die Sprache ist sehr verständlich, und die Kernbotschaften werden prägnant vermittelt. Die Agentur zeigt eine hervorragende Interaktion und Reaktionsfähigkeit auf Fragen und Anmerkungen.
- 11 Punkte:** Die Präsentation ist optisch ansprechend, überzeugend und gut strukturiert, die Inhalte sind weitgehend logisch gegliedert, die Sprache ist verständlich, und die Kernbotschaften werden gut vermittelt. Die Agentur zeigt eine gute Interaktion und Reaktionsfähigkeit auf Fragen und Anmerkungen.

- 7 Punkte:** Die Präsentation ist durchschnittlich optisch ansprechend sowie überzeugend und strukturiert, die Inhalte sind teilweise logisch gegliedert, die Sprache ist verständlich, und die Kernbotschaften werden ausreichend vermittelt. Die Agentur zeigt eine durchschnittliche Interaktion und Reaktionsfähigkeit auf Fragen und Anmerkungen.
- 3 Punkte:** Die Präsentation ist wenig optisch ansprechend sowie überzeugend und wenig strukturiert, die Inhalte sind kaum logisch gegliedert, die Sprache ist schwer verständlich, und die Kernbotschaften werden unzureichend vermittelt. Die Agentur zeigt eine geringe Interaktion und Reaktionsfähigkeit auf Fragen und Anmerkungen.
- 0 Punkte:** Die Präsentation ist optisch weder ansprechend noch überzeugend und nicht strukturiert, die Inhalte sind weder logisch gegliedert, noch ist die Sprache verständlich. Die Kernbotschaften werden nicht vermittelt. Die Agentur zeigt kaum Interaktion und Reaktionsfähigkeit auf Fragen und Anmerkungen.

Wertung der Zuschlagskriterien

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt durch die Addition der in den jeweiligen Kriterien erzielten Punkte durch die Bieterinnen.

Bei gleicher Punktzahl wird jenem Angebot der Vorzug gegeben, das im Kriterium „Budgeteffizienz und Leistungsumfang“ die höhere Punktzahl erreicht hat.

Bieterin	Punkte Kriterium 1	Punkte Kriterium 2	Punkte Kriterium 3	Gesamt
Bieterin A	23,00	49,00	15,00	87,00
Bieterin B	30,00	44,00	11,00	85,00
Bieterin C	23,00	41,00	15,00	79,00

Das im Beispiel wirtschaftlichste Angebot wurde von Bieterin „A“ abgegeben.

1.7 Zuschlags- /Angebotsbindefrist

Die Bieterinnen sind bis zu dem auf der Vergabeplattform „Metropole Ruhr“ in der Bekanntmachung unter dem Punkt „Zuschlags-/Bindefrist“ genannten Termin an ihr Angebot gebunden. Sollte es der AG nicht möglich sein, den Zuschlag bis zum Ablauf der Bindefrist zu erteilen, wird sie die Bieterinnen um ihre Einwilligung zur Verlängerung der Frist ersuchen. Der in dieser Korrespondenz benannte Termin wird damit zur neuen Zuschlags-/Angebotsbindefrist. Angebote von Bieterinnen, die der Aufforderung zur Verlängerung der Zuschlags-/Angebotsbindefrist bis zu dem von der AG festgelegten Termin nicht zustimmen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Die Bewerberinnen sind bis zu dem auf der Vergabeplattform „Metropole Ruhr“ in der Bekanntmachung unter dem Punkt „Zuschlags-/Bindefrist“ genannten Termin an ihr Angebot gebunden.

1.8 Nicht berücksichtigte Angebote

Die Angebote, auf die der Zuschlag bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist nicht erteilt wurde, finden keine Berücksichtigung. Die AG informiert die nicht berücksichtigten Bieterinnen gemäß den Bestimmungen des § 134 GWB. Weitergehende Auskünfte werden nur auf schriftlichen Antrag hin, nach Maßgabe der Regelungen in § 62 Abs. (2 – 3) VgV erteilt.

1.9 Unklarheiten, Rechtsverstöße und Fragen

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR, insbesondere das Leistungsverzeichnis oder die der Bieterin mitgeteilten, übergebenen oder zugänglich gemachten Informationen nach Ansicht der Bieterin Unklarheiten oder Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung der Bieterin gegen geltendes Recht, ist die Bieterin im Rahmen ihrer Aufklärungspflicht gehalten, etwaige Vergabeverstöße **unverzüglich über die Vergabeplattform "Metropole Ruhr"** zu beanstanden. **Kommt die Bieterin dieser Verpflichtung nicht nach, kann sie sich zu einem späteren Zeitpunkt auf die Unklarheiten, Widersprüche oder Rechtsverstöße nicht berufen.** Die Bieterin hat innerhalb von vier Wochen nach Zurückweisung der Rüge einen Vergabeprüfungsantrag bei der zuständigen Prüfstelle zu stellen, wenn die AG der Rüge nicht abhilft. Die Bieterin erklärt mit der Abgabe ihres Angebotes ausdrücklich, dass sie andernfalls ihre jeweilige Rüge nicht aufrechterhält.

Diese Anzeigepflicht gilt entsprechend, wenn Bieterinnen, unabhängig zu welchem Zeitpunkt, Fehler in den jeweiligen Vergabeunterlagen oder in der Abwicklung des Vergabeverfahrens erkennen oder zu erkennen glauben.

Technische und kaufmännische Fragen, Auskunftersuchen zu Unklarheiten und Rügen zu den Ausschreibungsunterlagen sind unverzüglich, spätestens jedoch bis 7 Kalendertage vor dem Submissionstermin, ausschließlich über die Vergabeplattform "Metropole Ruhr" an die AG zu richten. Die AG kann von der Beantwortung von Fragen und Auskunftersuchen absehen, die nach diesem Zeitpunkt eingehen.

Alle Bieterinnen werden darauf hingewiesen, dass die AG während des Vergabeverfahrens **ausschließlich** über die Vergabeplattform "Metropole Ruhr" mit ihnen kommuniziert. Mitteilungen der AG an die Bieterinnen gelten nach den Bestimmungen des Vergabeportals als zugegangen, wenn diese in den Projektraum der Vergabeplattform eingestellt werden. Die Bieterinnen sind daher im eigenen Interesse gehalten, den Projektraum regelmäßig nach neuen Mitteilungen der AG zu überprüfen, explizit 5 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist.

Sollten auf anderen Kommunikationswegen als auf dem zuvor beschriebenen (z. B. per Telefon, Fax oder E-Mail) Fragen oder Auskunftersuchen an die AG gerichtet werden, wird die AG deren Beantwortung auf diesen Kommunikationswegen nicht nachkommen, sondern auf die v. g. Verfahrensweise und die Vergabeplattform "Metropole Ruhr" verweisen.

Interessierte Bieterinnen können durch ihre Registrierung auf der Vergabeplattform "Metropole Ruhr" und der Hinterlegung einer stets aktuellen E-Mail-Adresse sicherstellen, dass sie über neu eingehende Informationen der AG zeitnah informiert werden.

Die Beantwortung von Fragen und Auskunftersuchen von Seiten einer Bieterin wird allen Bieterinnen zeitgleich (und in anonymisierter Form) über die v. g. Vergabeplattform übermittelt. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR nicht statthaft.

1.10 Veröffentlichung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der AG nicht statthaft.

1.11 Prüf- und Rügestelle, verantwortlicher Fachbereich

Zuständige Vergabeprüfstelle gemäß § 159 Abs. 3 GWB:

Prüf- und Rügestelle, Kontaktstelle für alle Fragen der Interessierten und Bietenden/BG

Zuständige Vergabeprüfstelle gemäß § 159 Abs. (3) GWB

Vergabekammer Rheinland
Spruchkörper Düsseldorf
Zeughausstr. 2 - 10
50667 Köln

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de
Telefon: +49 221-1473055
Fax: +49 221-1472889

Rügestelle im Sinne des § 160 Abs. 3 GWB bei der AG:

Rügen sind **ausschließlich** über die Vergabeplattform „Metropole Ruhr“ an die AG zu richten.

Technische, kaufmännische und vergaberechtliche Fragen sind, ebenso wie Anmerkungen oder Fragen zur Angebotserstellung sowie sonstige Anliegen ausschließlich über die Vergabeplattform „Metropole Ruhr“ an den / die AG zu richten.“

Der Fachbereich wird nicht mehr als Kontakt benannt, weil ansonsten die Gefahr besteht, dass sich ein Bieter abweichend zu den vergaberechtlichen Bestimmungen, nicht über die Vergabeplattform beim Fachbereich meldet und von dort Informationen erhält, die den anderen Bietern nicht auch über die Vergabeplattform mitgeteilt werden.

2.0 Vorbemerkungen zur Leistung

2.1 Gegenstand der Leistung

Die Arbeiten sind im Leistungszeitraum ab Ende September 2026 bis voraussichtlich 30. September 2027 durchzuführen. Die Werbemaßnahmen sowie das Budget sollen über den gesamten Zeitraum angelegt werden. Das bedeutet, das Budget soll nicht für einzelne Werbeaktionen, sondern sinnvoll über den gesamten Leistungszeitraum hinweg investiert werden. Den Leistungsumfang entnehmen Sie bitte aus der Datei „Leistungsbeschreibung“. Bitte beachten Sie auch das nächste Kapitel „2.2 Abgrenzung der Leistung“.

2.2 Abgrenzung der Leistung

Im Rahmen der zu erbringenden Leistungen sind folgende Tätigkeiten ausgeschlossen:

- Die strategische Entwicklung für organische Social-Media-Beiträge ist nicht Bestandteil der Leistung. Sie bezieht sich ausschließlich auf die Konzeption, Erstellung, Veröffentlichung und Auswertung von Social Advertising.
- Jedwede Form von Offline-Kommunikationsarbeit ist ausgeschlossen von der zu erbringenden Leistung.

3.0 Vorschriften

Die Bestellung der AG wird nur unter der Bedingung erteilt, dass alle für die Auftragsabwicklung erforderlichen Genehmigungen und Zertifikate vorliegen. Die AN hat den Auftrag vor der Auftragsannahme fachlich zu prüfen und auf Unklarheiten unverzüglich schriftlich hinzuweisen.

Die AN verpflichtet sich bei der Auftragsdurchführung alle einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften in den jeweils gültigen Fassungen einzuhalten, sofern keine darüberhinausgehenden Vereinbarungen zwischen der AG und der AN bestehen.

Die AG ist berechtigt, die Einhaltung der gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften durch die AN zu überprüfen. Zu diesem Zweck gestattet die AN der AG, im notwendigen Umfang Einblick in die nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu führenden Nachweisbücher und Genehmigungsunterlagen zu nehmen.

Jede Vertragsstörung ist unverzüglich der AG, Abt. Einkauf, zu melden. Die Behebung der Störung ist kooperativ mit der AG durchführen, wobei sich die AG die Entscheidungsgewalt vorbehält. Eine Ausnahme besteht bei Gefahr im Verzuge. Hierbei sind die zuständigen Behörden sofort zu alarmieren.

Für die Belange der AG hat ein kompetente Ansprechperson der AN ständig erreichbar zu sein.

4.0 Zeitraum der Leistungserbringung

Die Arbeiten sind im Leistungszeitraum ab Ende September 2026 bis voraussichtlich 30. September 2027 durchzuführen.

5.0 Angebotspreis

Die im Angebot verbindlich genannten Einheitspreise gelten als Festpreise und bleiben während der Vertragsfrist garantiert bis zum Ende der Vertragslaufzeit unverändert.

Alle Einheitspreise sind in EUR anzugeben.

Im Festpreis müssen alle anfallenden Nebenkosten und Kosten anderer Dienstleister enthalten sein.

Der Angebotspreis darf inkl. Fremdleistungen nicht überschritten werden. Kosten für Tickets, die im Rahmen von etwaigen Gewinnspielen anfallen, sind von dieser Regelung ausgeschlossen.

5.1 Auftragsabwicklung

Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich zum Ende eines Monats. Alle erfolgten Aufträge müssen in den Rechnungen nachvollziehbar aufgelistet werden.

6.0 Zahlungsbedingungen

Als Zahlungsbedingung wird die Zahlung 14 Tage nach Eingang der Rechnung mit 3% Skonto oder 30 Tage nach Eingang der Rechnung netto vorgegeben. Ein abweichender Skonto-Wert kann jedoch angeboten werden. Der gewährte Skonto-Wert fließt über den zu berücksichtigenden Angebotspreis in die Angebotsbewertung ein.

Der Skontosatz muss von dem Bieter in die Checkliste in der Anlage eingetragen werden. Erfolgt hier keine Eintragung gilt 3% Skonto als angeboten (gemäß den Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis und den "Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AÖR)").

7.0 Haftung

Der/die AN ist verpflichtet, alle zu erbringenden Leistungen im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (z. B. Arbeitsschutz-, Unfallverhütungs- und sonstigen öffentlich-rechtlichen und zivilrechtlichen Bestimmungen) zu erbringen. Für dem/der AG aus der Missachtung dieser Bestimmungen entstehenden Schäden haftet der/die AN in vollem Umfang.

Der/die AN hat für ausreichende Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen. Er/sie haftet für die von ihm/ihr und seinen/ihren Erfüllungsgehilfen/-innen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die in Erfüllung der vertraglichen Leistungen entstehen.

Der/die AN hat zur Abdeckung aller sich aus der Beauftragung ergebenden Haftungsrisiken auf seine/ihre Kosten eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, mit einer maximalen Deckungssumme, die min. 2.000.000,- Euro für Personen-, 1.000.000,- Euro für Sach- sowie min. 100.000,- Euro für Vermögensschäden betragen

muss.

Auf Verlangen des/der AG weist der/die AN jederzeit den Abschluss sowie das Fortbestehen der Versicherung nach.

Die persönliche Haftpflicht des/der AN wird durch den Nachweis einer Versicherung nicht ausgeschlossen.

Unfälle bei der Leistungserbringung, bei denen Personen- oder Sachschaden entsteht, sind von dem/der AN der Ansprechperson des/der AG unverzüglich mitzuteilen. Mündliche Mitteilungen an die Ansprechperson des/der AG sind von dem/der AN spätestens binnen zwei Werktagen schriftlich, bei der Einkaufsabteilung des/der AG, zu bestätigen.

Der/die AG haftet für Schäden, die dem/der AN oder seine/ihre Erfüllungsgehilfen/-innen bei der Erbringung der Leistung erleiden, lediglich wie folgt:

- a) Für Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des/der AG oder seiner/ihrer Erfüllungsgehilfen/-innen beruhen, richtet sich die Haftung nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- b) Für Schäden, die auf der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten infolge einfacher Fahrlässigkeit des/der AG oder seiner/ihrer Erfüllungsgehilfen/-innen beruhen, ist die Haftung auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden begrenzt.
- c) Im Übrigen ist die Haftung des/der AG ausgeschlossen.
- d) Von den v. g. Haftungsbegrenzungen bzw. -freistellungen (Buchstabe a – c) sind Ansprüche aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit, die auf schuldhafte Pflichtverletzung seitens des/der AG oder seines/ihrer Erfüllungsgehilfen/-innen beruhen, ausgenommen. In diesem Fall richtet sich die Haftung nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Soweit der/die AG nach den vorstehenden Regelungen begrenzt haftet bzw. von der Haftung freigestellt ist, verpflichtet sich der/die AN, den/die AG von Regressansprüchen Dritter (z. B. Versicherungen) freizuhalten.

8.0 Erfüllungsmangel

Die AN haftet für die fristgerechte Einhaltung des Auftrages. Kann die AN infolge höherer Gewalt¹ die Vertragsleistung nicht fristgerecht erfüllen, so hat sie dies unverzüglich der AG, Abteilung Einkauf, schriftlich anzuzeigen.

Erfüllt die AN die übernommenen Pflichten und Leistungen, auch nach setzen einer Nachfrist nicht, ist die AG berechtigt, auf Kosten der AN die Leistungen durch Dritte durchführen zu lassen. Die AG ist in solchen Fällen berechtigt, die ihr durch die Nichterfüllung der AN entstandenen Mehrkosten von der AN – auch durch Verrechnung nachgelagerter Lieferungen/Forderungen der AN – einzufordern.

9.0 Einsatz von Nachunternehmern

Will sich die AN zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen, so hat sie dies schriftlich der AG mitzuteilen. Die in diesen Bedingungen festgelegten Pflichten hat die AN jedem Dritten aufzuerlegen, dessen sie sich zur Erfüllung ihrer Pflichten bedient. Die AN hat der AG, vor der Auftragserteilung die Nachunternehmer namentlich zu benennen und anhand geeigneter Unterlagen die Sachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit dieser Nachunternehmer nachzuweisen.

Die Auftragnehmerin (nachstehend AN genannt) ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der AG den Auftrag ganz oder teilweise an Dritte zu übertragen.

Beabsichtigt die Bieterin Teile der Leistung von Nachunternehmerinnen ausführen zu lassen, so muss sie in ihrem Angebot Art und Umfang der, durch die **Nachunternehmer/-innen** auszuführenden Leistungen angeben. Ferner muss die AN der AG die Nachunternehmerinnen vor der Auftragserteilung benennen und – auf Verlangen der AG – geeignete Nachweise für die Sachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Nachunternehmerinnen vorlegen.

¹ Höhere Gewalt ist ein von außen kommendes, keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisendes, auch durch äußerste vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht abwendbares Ereignis.

Darüber hinaus hat die AN für jede Nachunternehmerin eine Erklärung beizubringen, in der die Nachunternehmerin die Ausschreibungsbedingungen als allein verbindlich anerkennt und bestätigt, dass die AN den uneingeschränkten Zugriff auf die, für die termingerechte Ausführung der Leistung, erforderlichen Personal- und Gerätesressourcen der Nachunternehmerin hat.

Beabsichtigt die AN, die der AG benannten Nachunternehmerinnen auszutauschen, so ist dies der AG vorab mitzuteilen. Der Austausch einer Nachunternehmerin ist nur mit Zustimmung der AG zulässig.

10.0 Schriftform

Änderungen, Ergänzungen und Kündigungen bedürfen der Schriftform, das gilt auch für eine Verzichtserklärung bzgl. dieses Formerfordernisses.

11.0 Kündigung

Das Vertragsverhältnis endet, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf, nach Ablauf der Vertragsdauer und Erfüllung aller vertraglichen Pflichten seitens der AN und der AG.

Sofern die AN ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommt, steht der AG das Recht zu, den Vertrag mit sofortiger Wirkung fristlos zu kündigen. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

12.0 Datenschutz/Vertraulichkeit

Der/die AN behandelt personenbezogene Daten des/der AG, die er/sie im Zusammenhang mit der Leistung einsieht, erhebt, speichert, nutzt oder auf andere Weise verarbeitet, Dritten gegenüber streng vertraulich. Der/die AN gewährleistet insbesondere die Datensicherheit der von dem/der AG erhaltenen und/oder eingestellten Daten.

Soweit personenbezogene Daten des/der AG anlässlich der Leistungserbringung durch den/die oder bei dem/der AN verarbeitet werden, trägt der/die AN dafür Sorge, dass in Bezug auf diese Daten die in der Bundesrepublik Deutschland jeweils aktuell gültigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, explizit die EU-Datenschutzgrundverordnung, das Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und das Bundesdatenschutzgesetz, eingehalten werden (sofern keine spezialgesetzlichen Regelungen diese ersetzen).

Näheres regeln die Vertragspartner ggf. in dem, auf Wunsch des/der AG, gesondert abzuschließenden Auftragsverarbeitungsvertrags (AVV), sofern diese durch den/die AG in Ansehung des Vertragsgegenstandes für erforderlich gehalten wird. Für diesen Fall verpflichtet sich der/die AN zum unverzüglichen Abschluss dieser Vereinbarung mit dem/der AG. Sofern die Vertragsparteien Datenschutzregelungen in einem gesonderten AVV fixieren, stellt der Inhalt dieses AVV einen ergänzenden Vertragsbestandteil dar.

Der/die AN verpflichtet sich, Informationen über interne Dokumente, Prozesse, Verfahren, Daten etc. des/der AG, von denen er/sie in Zusammenhang mit der Leistung Kenntnis erlangt, vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach der Beendigung des Vertrages weiterhin bestehen.

Näheres regeln die Vertragspartner ggf. in der, auf Wunsch des/der AG, gesondert abzuschließenden Vereinbarung über die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie der vertraulichen Verwendung von Informationen (Vertraulichkeitsvereinbarung), sofern diese durch den/die AG in Ansehung des Vertragsgegenstandes für erforderlich gehalten wird. Für diesen Fall verpflichtet sich der/die AN zum unverzüglichen Abschluss dieser Vereinbarung mit dem/der AG. Sofern die Vertragsparteien Regelungen zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie der vertraulichen Verwendung von Informationen in einer gesonderten Vertraulichkeitsvereinbarung fixieren, stellt der Inhalt dieser Vertraulichkeitsvereinbarung einen ergänzenden Vertragsbestandteil dar.

13.0 Salvatorische Klausel/Gerichtsstand/Erfüllungsort

Änderungen geltenden Rechts sind unmittelbar wirksam und bedürfen keiner gesonderten mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung. Sofern das Vertragsverhältnis zwischen der AG und der AN durch die aktuelle

Rechtsprechung betroffen ist, sind die Anpassungen der Vertragsbedingungen einvernehmlich und schriftlich zu treffen. Es ist eine der unwirksamen Bestimmung dem Sinne und der wirtschaftlichen Bedeutung nach möglichst nahekommende andere Bestimmung zwischen den Parteien zu vereinbaren.
Für alle sich aus einem Auftrag ergebenden Streitigkeiten wird ausdrücklich als Gerichtsstand Duisburg festgelegt, soweit nicht ein anderer Gerichtsstand gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
Der Erfüllungsort für alle Garantieansprüche ist die jeweilige Anschrift des Endkunden im Stadtgebiet Duisburg.
Erfüllungsort für alle sonstigen Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist der Sitz der AG.

Es gilt ausschließlich deutsches Recht.

14.0 Urheberrecht

Die Ergebnisse und Anregungen aus der Tätigkeit der AN stehen der AG ausschließlich und uneingeschränkt zur Verfügung. Die AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensgabe der AN.
Die AN bedarf zur Veröffentlichung der Einwilligung der AG; die AG wird die Einwilligung nur aus zwingenden Gründen verweigern.

Allgemeine Einkaufsbedingungen

Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AöR)

Es gelten ausschließlich die Einkaufsbedingungen des / der Auftraggebers /-in. Abweichende Bedingungen des / der Auftragnehmers /-in erkennt der / die Auftraggeber /-in nicht an, es sei denn, der / die Auftraggeber /-in stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu.

I. Bestellungen

1. Bestellungen sind nur verbindlich, wenn sie von dem / der Auftraggeber /-in schriftlich erteilt werden.
2. Ohne vorheriges Angebot erteilte Bestellungen gelten als Angebot des / der Auftraggebers /-in, an das diese /-r zwei Wochen ab Datum der Bestellung gebunden ist.
3. Von dem / der Auftragnehmer /-in im Geschäftsverkehr mit dem / der Auftraggeber /-in verwendete Unterlagen müssen aufweisen: Bestellnummer, Kommissionsnummer, Werk, Empfangsstelle, vollständige Artikeltext / Leistungsbezeichnung, Mengen und Mengeneinheiten sowie Ust-ID-Nr. (bei Einfuhr aus der EU). In Rechnungen ist ferner die allgemeine Steuernummer anzugeben.

II. Preise

1. Die in der Bestellung ausgewiesenen Nettopreise sind bindend. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist gesondert auszuweisen.
2. Die Preise sind Festpreise bis zur Lieferung / Leistungserfüllung. Sie schließen alles ein, was der / die Auftragnehmer /-in zur Erfüllung seiner / ihrer Leistungspflicht zu bewirken hat.

III. Leistungsumfang

1. Zum Leistungsumfang gehört u.a., dass
 - der / die Auftragnehmer /-in dem / der Auftraggeber /-in das Eigentum an sämtlichen technischen Unterlagen (auch für Unterlieferanten) sowie an sonstigen für Neuanfertigung, Wartung und Betrieb erforderlichen Unterlagen überträgt. Diese technischen Unterlagen müssen in deutscher Sprache abgefasst sein;
 - dem / der Auftraggeber /-in alle Nutzungsrechte übertragen werden, die zur Nutzung der Lieferungen und Leistungen durch den / die Auftraggeber /-in oder Dritte unter Beachtung eventueller Patente, ergänzender Schutzsertifikate, Marken, Gebrauchsmuster, etc. erforderlich sind.
2. Soll vom vereinbarten Leistungsumfang abgewichen werden, so ist der / die Auftragnehmer /-in nur dann zu Mehrforderungen oder terminlichen Veränderungen berechtigt, wenn eine entsprechende schriftliche Ergänzungsvereinbarung durch die Abteilung "Einkauf (WBD-K11)" vor der Ausführung getroffen wurde.
3. Die bestellten Mengen sind verbindlich. Bei Überlieferungen ist der / die Auftraggeber /-in berechtigt, diese zu Lasten des / der Auftragnehmers /-in zurückzuweisen.

IV. Qualität

Der / die Auftragnehmer /-in hat ein nach Art und Umfang geeignetes, dem neuesten Stand der Technik entsprechendes, dokumentiertes Qualitätssicherungssystem einzurichten und aufrechtzuerhalten. Er / sie hat Aufzeichnungen, insbesondere über seine / ihre Qualitätsprüfungen zu erstellen und diese dem / der Auftraggeber /-in auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.

V. Lieferfristen / Liefertermine

1. Vereinbarte Termine sind verbindlich. Eine Leistungserbringung vor den vereinbarten Terminen berechtigt den / die Auftraggeber /-in zur Zurückweisung der Leistung bis zur Fälligkeit. Gründe, die zu einer Fristüberschreitung führen, hat der / die Auftragnehmer /-in dem / der Auftraggeber /-in unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
2. Überschreitet der / die Auftragnehmer /-in die vereinbarte Liefer- oder Leistungsfrist, so gerät er / sie auch ohne Mahnung in Verzug und der / die Auftraggeber /-in ist berechtigt, nach freier Wahl Nacherfüllung und Schadenersatz wegen Pflichtverletzung oder Schadenersatz statt der Leistung zu verlangen und / oder von der Bestellung zurückzutreten.

VI. Anlieferung und Lagerung

1. Zu liefern ist frachtfrei einschließlich Verpackung an die jeweils vereinbarte Lieferanschrift. Jeder Lieferung ist ein Lieferschein in dreifacher Ausführung beizufügen.
2. Ist ausnahmsweise ein Preis "ab Werk" oder "ab Lager" vereinbart, so übernimmt der / die Auftraggeber /-in nur die jeweils günstigsten Frachtkosten.
3. Die angegebenen Versandanschriften sind zu beachten. Die Ablieferung an einer anderen als der von dem / der Auftraggeber /-in bezeichneten Empfangsstelle bewirkt auch dann keinen Gefahrenübergang für den / die Auftragnehmer /-in, wenn diese Stelle die Lieferung entgegennimmt. Der / die Auftragnehmer /-in trägt die Mehrkosten des / der Auftraggebers /-in, die sich aus der Ablieferung an einer anderen als der vereinbarten Empfangsstelle ergeben.
4. Teillieferungen sind als solche zu kennzeichnen.
5. Ist eine Verwiegung erforderlich, so ist das auf einer geeichten Waage festgestellte Gewicht maßgebend.
6. Soweit der / die Auftragnehmer /-in auf Rücksendung der für die Lieferung notwendigen Verpackung Anspruch hat, sind die Lieferpapiere mit einem deutlichen Hinweis zu versehen. Bei fehlender Kennzeichnung entsorgt der / die Auftraggeber /-in die Verpackung auf Kosten des / der Auftragnehmers /-in; in diesem Falle erlischt der Anspruch des / der Auftragnehmers /-in auf Rückgabe der Verpackung.
7. Die Lagerung von erforderlichen Gegenständen zur Leistungserbringung auf dem Gelände des / der Auftraggebers /-in darf nur nach Absprache mit dem / der Auftraggeber /-in auf zugewiesenen Lagerplätzen erfolgen. Für diese Gegenstände trägt der / die Auftragnehmer /-in bis zum Gefahrenübergang die volle Verantwortung und Gefahr.
8. Bei der Beförderung sind die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter und der anwendbaren Gefahrgutverordnungen inklusive der jeweiligen Anlagen und Anhänge zu beachten.

9. Die Deklaration der Güter in den Frachtbrieffen hat bei Bahnversand nach den aktuell gültigen Vorschriften der Eisenbahnen zu erfolgen. Kosten und Schäden, die durch unrichtige oder unterlassene Deklaration entstehen, gehen zu Lasten des / der Leistungserbringers /-in.
10. Den Empfang von Sendungen hat sich der / die Leistungserbringer /-in von der angegebenen Empfangsstelle schriftlich bestätigen zu lassen.

VII. Abtretung

Der / die Auftragnehmerin ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des / der Auftraggebers /-in nicht berechtigt, die Ausführung des Vertrages, wie auch seine / ihre vertraglichen Ansprüche, weder ganz noch teilweise auf Dritte zu übertragen. Unterlieferanten /-innen des / der Auftragnehmers /-in sind dem / der Auftraggeber /-in auf Wunsch namentlich zu benennen.

VIII. Kündigung

1. Der / die Auftraggeberin ist berechtigt, ohne Angabe von Gründen den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen. In einem solchen Fall ist er / sie verpflichtet, alle bis dahin erbrachten Lieferungen und / oder Leistungen zu bezahlen sowie beschafftes Material und geleistete Arbeit angemessen zu vergüten. Weitergehende Ansprüche des / der Auftragnehmers /-in sind ausgeschlossen.
2. Der / die Auftraggeber /-in ist auch zur Kündigung berechtigt, wenn u. a. über das Vermögen des / der Auftragnehmers /-in das gerichtliche Insolvenzverfahren beantragt wird oder der / die Auftragnehmer /-in die Zahlungen einstellt. Der / die Auftraggeber /-in hat das Recht, Material und / oder Halbfabrikate einschließlich etwaiger Sonderbetriebsmittel zu angemessenen Bedingungen zu übernehmen.

IX. Rechnungserstellung, Zahlung, Aufrechnung

1. Rechnungen sind gesondert unter Angabe der Bestellnummer, des Bestelldatums und der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer einzureichen.
2. Zahlung leistet der / die Auftraggeber /-in wahlweise innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungseingang unter Abzug von 3% Skonto oder 30 Tage nach Rechnungseingang ohne Abzug, wenn im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist. Eine vor dem vereinbarten Termin vorgenommene Lieferung berührt nicht die an diesen Termin gebundene Zahlungsfrist.
3. Ist die Leistung bei Rechnungslegung noch nicht erfüllt, beginnen die in Ziffer 1 genannten Zahlungsfristen mit der Erfüllung.
4. Der / die Auftragnehmer /-in kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen.
5. Der / die Auftraggeber /-in ist berechtigt, gegen die Forderungen, die dem / der Auftragnehmer /-in gegen den / die Auftraggeber /-in zustehen, mit allen Forderungen aufzurechnen, die der WBD-AöR zum Zeitpunkt der Verrechnung gegen den / die Auftragnehmer /-in zustehen.
6. Die Rechnung ist zweifach dem Bereich "Rechnungsprüfung (WBD-K23)" des / der Auftraggebers /-in einzureichen.

X. Ansprüche aus Mängelhaftung

1. Der / die Auftragnehmer /-in steht dafür ein, dass seine / ihre Lieferung / Leistung die vorgeschriebene Beschaffenheit hat und den vorgesehenen Einsatzzweck erfüllt.
2. Die Verjährung der Mängelhaftungsansprüche beginnt mit der vollständigen Ablieferung des Liefer- und Leistungsumfanges oder wenn eine Abnahme vereinbart ist, mit der Abnahme.
3. Die Kosten der Abnahme gehen, sofern keine anderen Vereinbarungen getroffen wurden, zu Lasten des / der Auftragnehmers /-in.
4. Es gilt die gesetzliche Verjährungsfrist für Mängelansprüche. Für ausgebesserte oder ersetzte Teile beginnt die Verjährungsfrist neu zu laufen. Für innerhalb der Verjährungsfrist gerügte Mängel endet die Frist frühestens sechs Monate nach Erhebung der Rüge. Der / die Auftragnehmer /-in verzichtet auf den Einwand verspäteter Mängelrüge (§§ 377 Abs. 2 HGB) bei anderen als offensichtlichen Mängel.
5. Alle innerhalb der Verjährungsfrist gerügten Mängel hat der / die Auftragnehmer /-in unverzüglich zu beseitigen, so dass dem / der Auftraggeber /-in keine Kosten entstehen. Die Kosten der Mängelbeseitigung oder der Ersatzlieferung einschließlich aller Nebenkosten (z.B. Frachten) trägt der / die Auftragnehmer /-in. Sollte der / die Auftragnehmer /-in nicht unverzüglich mit der Mängelbeseitigung beginnen, die Leistung nicht vertragsgemäß durchführen oder liegt ein dringender Fall vor, so ist der / die Auftraggeber /-in berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des / der Auftragnehmers /-in durchzuführen. Die gesetzlichen Rechte auf Rücktritt, Minderung oder Schadensersatz bleiben unberührt.
6. Bei Bestellungen von Bauleistungen gelten abweichend von den v. g. Regelungen die VOB/B sowie die ergänzenden Vertragsbedingungen.

XI. Erfüllungsort, Gerichtsstand

1. Erfüllungsort für alle Lieferungen / Leistungen ist die von dem / der Auftraggeber /-in in der Bestellung bezeichnete Empfangsstelle.
2. Gerichtsstand für alle sich aus einem Auftrag ergebende Streitigkeiten ist Duisburg, soweit nicht ein anderer Gerichtsstand gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

XII. Anzuwendendes Recht

Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem / der Auftraggeber /-in und dem / der Auftragnehmer /-in gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Gesetzes zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11.04.1980 über Verträge über den internationalen Wareneinkauf (CISG) in seiner jeweils gültigen Fassung.

XIII. Verbot der Werbung / Geheimhaltung

1. Die Benutzung von Anfragen, Bestellungen und des damit verbundenen Schriftwechsels des / der Auftraggebers /-in zu Werbezwecken bedarf der ausdrücklichen und schriftlichen vorherigen Zustimmung des / der Auftraggebers /-in.
2. Der / die Auftragnehmer /-in wird über alle betrieblichen Vorgänge, Einrichtungen, Anlagen, Unterlagen usw. bei dem / der Auftraggeberin und seinen / ihren Kunden, die ihm / ihr im Zusammenhang mit seiner / ihrer Tätigkeit für den / die Auftraggeber /-in bekannt werden, auch nach Abgabe der jeweiligen Angebote bzw. Erledigung des Vertrages Dritten gegenüber Stillschweigen bewahren. Er / sie wird seinen / ihren Erfüllungs- bzw. Verrichtungsgehilfen /-innen entsprechende Verpflichtungen auferlegen.

XIV. Teilunwirksamkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Bedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein, so bleiben diese Einkaufsbedingungen im Übrigen voll wirksam.

XV. Datenschutz und Vertraulichkeit

Der / Die Auftragnehmer /-in behandelt personenbezogene Daten des /der Auftraggeber /-in, die sie im Zusammenhang mit der Leistung einsieht, erhebt, speichert, nutzt oder auf andere Weise verarbeitet, Dritten gegenüber streng vertraulich. Der / Die Auftragnehmer /-in gewährleistet insbesondere die Datensicherheit der von dem /der Auftraggeber /-in erhaltenen und / oder eingestellten Daten.

Soweit personenbezogene Daten des/ der Auftraggebers /-in anlässlich der Leistungserbringung durch die oder bei dem /der Auftragnehmer /-in verarbeitet werden, trägt der/die Auftragnehmer /-in dafür Sorge, dass in Bezug auf diese Daten die in der Bundesrepublik Deutschland jeweils aktuell gültigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, explizit die EU-Datenschutzgrundverordnung, das Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und das Bundesdatenschutzgesetz, eingehalten werden (sofern keine spezialgesetzlichen Regelungen diese ersetzen).

Näheres regeln die Vertragspartner ggf. in dem, auf Wunsch des/der Auftraggebers /-in, gesondert abzuschließenden Auftragsverarbeitungsvertrags (AVV), sofern diese durch den /die Auftraggeber /-in in Ansehung des Vertragsgegenstandes für erforderlich gehalten wird. Für diesen Fall verpflichtet sich der/die Auftragnehmer /-in zum unverzüglichen Abschluss dieser Vereinbarung mit dem /der Auftraggeber /-in.

Sofern die Vertragsparteien Datenschutzregelungen in einem gesonderten AVV fixieren, stellt der Inhalt dieses AVV einen ergänzenden Vertragsbestandteil dar.

Der /Die Auftragnehmer /-in verpflichtet sich, Informationen über interne Dokumente, Prozesse, Verfahren, Daten etc. des /der Auftraggebers /-in, von denen er /sie in Zusammenhang mit der Leistung Kenntnis erlangt, vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach der Beendigung des Vertrages weiterhin bestehen.

Näheres regeln die Vertragspartner ggf. in der – auf Wunsch des /der Auftraggebers /-in – gesondert abzuschließenden Vereinbarung über die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie der vertraulichen Verwendung von Informationen (Vertraulichkeitsvereinbarung), sofern diese durch den /die Auftraggeber /-in in Ansehung des Vertragsgegenstandes für erforderlich gehalten wird. Für diesen Fall verpflichtet sich die der /die Auftragnehmer /-in zum unverzüglichen Abschluss dieser Vereinbarung mit dem /der Auftraggeber /-in.

Sofern die Vertragsparteien Regelungen zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie der vertraulichen Verwendung von Informationen in einer gesonderten Vertraulichkeitsvereinbarung fixieren, stellt der Inhalt dieser Vertraulichkeitsvereinbarung einen ergänzenden Vertragsbestandteil dar.

Zusätzliche Vertragsbedingungen in Form der Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 DS-GVO

Auftraggeber (Name, Anschrift)	Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR Schifferstr. 190 47059 Duisburg
---------------------------------------	--

Maßnahme:	Social-Ads-Kampagne für die IGA 2027 Zukunftsgarten Duisburg
Gewerk/Leistung:	

Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden die von Ihnen übermittelten Daten gespeichert und verarbeitet. Dies gilt zum einen hinsichtlich unternehmensbezogener Daten, aber auch für im Rahmen der Angebotsabgabe geforderte personenbezogene Daten, die in den Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016) (im Folgenden kurz: DS-GVO) fallen. Handelt es sich bei dem Auftraggeber um eine öffentliche Stelle im Sinne des § 5 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) findet zusätzlich zur DS-GVO das Datenschutzgesetz Nordrhein-DSG NRW Anwendung; bei Auftraggebern, die keine öffentliche Stelle im Sinne des § 5 DSG NRW sind, findet zusätzlich das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) Anwendung.

1. Informationen nach Art. 13, 14 DS-GVO

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen	Leistungsempfänger/Auftraggeber/Vertreter (Name, Anschrift): Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR Schifferstr. 190 47059 Duisburg
Kontaktdaten der/ des Datenschutzbeauftragten	Datenschutzbeauftragter (Name, Anschrift, Telefon-Nr./E-Mail) Stadt Duisburg Stabsstelle Datenschutz Friedrich-Wilhelm-Str. 96 47051 Duisburg E-Mail: datenschutz@stadt-duisburg.de
Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten	Zweck der Verarbeitung: Durchführung eines Vergabeverfahrens und einer ggf. anschließend erfolgenden Vertragsdurchführung und -abwicklung. Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 lit. c i. V. m. Art. 6 Abs. 3 DS-GVO und §§ 1 ff. Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwelvenvergabeordnung – UVgO) i.V.m. Ziff. 1.2 Vergabegrundsätze für Gemeinden nach § 26 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (Kommunale Vergabegrundsätze) -

	<p>Runderlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung 304-48.07.01/01-169/18 vom 28.08.2018. Als Bewerber bzw. Bieter sind Sie verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls Sie diese Angaben nicht machen, kann Ihr Angebot/Teilnahmeantrag bzw. Interessensbestätigung/-bekundung nach den vergaberechtlichen Vorschriften vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.</p>
<p>Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten</p>	<p>Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen (§ 79 Landeshaushaltsordnung [LHO] bzw. § 6 Abs. 2 UVgO).</p> <p>Soweit es sich um eine geförderte Maßnahme handelt, können abweichende Aufbewahrungsfristen im Zuwendungsbescheid enthalten sein.</p>
<p>Empfänger von personenbezogenen Daten</p>	<p>Personenbezogene Daten dürfen an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn der Bieter/ die Bietergemeinschaft dem zustimmt oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist:</p> <p>Nach § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) sowie § 19 Abs. 4 Mindestlohnengesetz (MiLoG), 21 Abs. 4 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), 21 Abs. 1 Satz 4 und 5 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) fordern öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.</p> <p>Bei öffentlichen Aufträgen und Konzessionen mit einem geschätzten Auftrags- oder Vertragswert unterhalb der Wertgrenze von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer können öffentliche Auftraggeber im vorgenannten Sinne gemäß § 6 Abs. 2 WRegG bei der Registerbehörde abfragen, ob Eintragungen im Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieter vorliegen, an den der Auftraggeber den Auftrag oder die Konzession zu vergeben beabsichtigt. Ferner können Auftraggeber im vorgenannten Sinne gemäß § 6 Abs. 2 WRegG im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs bei der Registerbehörde abfragen, ob Eintragungen im Wettbewerbsregister in Bezug auf</p>

	<p>diejenigen Bewerber vorliegen, die der Auftraggeber zur Abgabe eines Angebots auffordern will.</p> <p>Gemäß § 150a Abs. 1 Nr. 4 GewO sind öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB – bis zum 31.05.2025 (vgl. Art. 2 Abs. 3 und 3 Abs. 2 S. 4 des Gesetzes zur Einführung eines Wettbewerbsregisters und zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) – ferner berechtigt, für die Vorbereitung von vergaberechtlichen Entscheidungen Auskunft aus dem Gewerbezentralregister über strafgerichtliche Verurteilungen und Bußgeldentscheidungen nach § 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 21 Abs. 1 und 2 MiLoG, § 5 Abs. 1 oder 2 AEntG in der bis zum 23. April 2009 geltenden Fassung, § 23 Abs. 1 und 2 AEntG und § 81 Abs. 1 bis 3 GWB zu verlangen.</p> <p>Sofern und soweit der Bewerber oder Bieter den Nachweis der Eignung gemäß § 35 Abs. 6 UVgO mittels Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder einer Zertifizierung erbringt, die jeweils den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entspricht, ruft der öffentliche Auftraggeber die im amtlichen Verzeichnis oder dem Zertifizierungssystem niedergelegten Unterlagen und Angaben, welche personenbezogene Daten des Bieters bzw. Bewerbers oder dessen Beschäftigter enthalten können, ab.</p> <p>Nach 46 Absatz 1 Satz 1 und 2 UVgO unterrichtet der Auftraggeber jeden Bewerber und jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die erfolgte Zuschlagserteilung und über die Aufhebung oder erneute Einleitung eines Vergabeverfahrens einschließlich der Gründe dafür.</p> <p>Nach § 46 Absatz 1 Satz 3 UVgO unterrichtet der Auftraggeber auf Verlangen des Bewerbers oder Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bewerber über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung.</p> <p>Nach § 30 Abs. 1 UVgO informiert der Auftraggeber nach der Durchführung einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder einer</p>
--	--

	<p>Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb für die Dauer von drei Monaten über jeden so vergebenen Auftrag ab einem Auftragswert von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer auf seinen Internetseiten oder Internetportalen. Diese Information enthält mindestens die in § 30 Abs. 1 S. 2 UVgO genannten Informationen, u.a. den Namen des beauftragten Unternehmens; soweit es sich um eine natürliche Person handelt, ist deren Einwilligung einzuholen oder deren Name zu anonymisieren.</p> <p>Im Falle einer Nachprüfung des Vergabeverfahrens durch die zuständige Rechts- oder Fachaufsichtsbehörde, kann die Vergabestelle verpflichtet werden, die Vergabeakten bzw. Teile davon der Rechts- oder Fachaufsichtsbehörde zur Verfügung zu stellen. In diesen Verfahren werden personenbezogene Daten ggf. auch an andere Verfahrensbeteiligte weitergegeben.</p> <p>Ein öffentlicher Auftraggeber darf sich zur Vorbereitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens externer Berater bedienen, die ihn beispielsweise in technischen oder rechtlichen Angelegenheiten beraten. Näheres hierzu im Folgenden unter Ziff. 3.</p>
<p>Betroffenenrechte</p> <p>Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung,, Widerspruch</p>	<p>Ihre Rechte</p> <p>Jede betroffene Person hat in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten im Umfang der Bestimmungen der DS-GVO das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und auf Widerspruch.</p> <p>Recht auf Auskunft, Art. 15 DS-GVO</p> <p>Die betroffene Person hat nach Art. 15 Abs. 1 DS-GVO das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten über sie verarbeitet werden. Ist dies der Fall, hat sie ferner ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die Informationen gemäß Art. 15 Abs. 1 Buchst. a bis h DS-GVO. Ferner steht der betroffenen Person ein Recht auf eine Kopie der personenbezogenen Daten zu.</p> <p>Recht auf Berichtigung, Art. 16 DS-GVO</p> <p>Sollten die von der WBD-AöR verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder unter Berücksichtigung der Verarbeitungszwecke unvollständig sein, besteht nach Art. 16 DS-GVO das Recht, eine Berichtigung bzw. eine Vervollständigung der personenbezogenen Daten zu verlangen.</p> <p>Recht auf Löschung, Art. 17 DS-GVO</p>

	<p>Nach Art. 17 Abs. 1 DS-GVO besteht das Recht, eine Löschung personenbezogener Daten zu verlangen, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten aus einem der in dieser Vorschrift genannten Gründe unzulässig ist. Eine Löschung kann nicht verlangt werden, sofern die (weitere) Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 DS-GVO). Hierbei kommen insbesondere gesetzliche Aufbewahrungspflichten in Betracht. Ein Recht auf Löschung personenbezogener Daten besteht demnach nicht, wenn die Zwecke, zu denen die Daten verarbeitet werden und die Rechtsgrundlagen hierfür weiterhin vorliegen oder gesetzliche Regelungen die WBD-AöR verpflichten, die Daten weiterhin aufzubewahren.</p> <p>Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DS-GVO Unter den Voraussetzungen des Art. 18 Abs. 1 Buchst. a bis d DS-GVO hat die betroffene Person die Möglichkeit, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.</p> <p>Recht auf Widerspruch, Art. 21 DS-GVO Die betroffene Person hat das Recht, gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, sofern bei der betroffenen Person Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen persönlichen Situation ergeben. Die Gründe sind nachzuweisen. Sofern die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die WBD-AöR für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO), liegen in der Regel bei der WBD-AöR zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor (z.B. bei einer Ausschreibung, Vergabe), die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, weshalb trotz eines Widerspruchs eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch die WBD-AöR erfolgen darf.</p>
<p>Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde</p>	<p>Recht auf Beschwerde, Art. 77 DS-GVO Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. Die für die WBD-AöR zuständige Aufsichtsbehörde ist die</p> <p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Postfach 20 04 44 40102 Düsseldorf Tel.: 0211/38424-0 Fax: 0211/38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p>

2. Übermittlung personenbezogener Daten der angestellten Beschäftigten des Bieters / der Bietergemeinschaft

Soweit mit Angebotsabgabe auch personenbezogene Daten von Beschäftigten des Bieters/ der Bietergemeinschaft übermittelt werden, geht der Auftraggeber bis zur Mitteilung des Gegenteils von folgendem aus:

- Der Bieter hat die betroffenen Beschäftigten über die Weitergabe ihrer personenbezogenen Daten informiert und
- Es besteht eine Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung.

Insoweit ist der Bieter/ die Bietergemeinschaft bei Übermittlung personenbezogener Daten seiner angestellten Beschäftigten dafür verantwortlich, dass die aktuellen gesetzlichen Anforderungen an die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Innenverhältnis zu seinen Arbeitnehmern eingehalten und gewahrt sind.

3. Prüfung und Wertung der Angebote durch beauftragte Dritte (sog. Auftragsverarbeiter)

Erfolgt eine Verarbeitung im Auftrag des Auftraggebers, so arbeitet dieser nur mit Auftragsverarbeitern zusammen, die hinreichend Garantien dafür bieten, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen dieser Verordnung erfolgt und den Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet.

Die Verarbeitung durch einen Auftragsverarbeiter erfolgt auf der Grundlage eines Vertrags oder eines anderen Rechtsinstruments nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten, der bzw. das den Auftragsverarbeiter in Bezug auf den Verantwortlichen bindet und in dem Gegenstand und Dauer der Verarbeitung, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten, die Kategorien betroffener Personen und die Pflichten und Rechte des Verantwortlichen festgelegt sind.

4. Benennung der Referenzgeber

Im Rahmen der Eignungsprüfung können Referenzen des Bieters/ der Bietergemeinschaft abgefragt werden, bei denen auch der Auftraggeber zu benennen ist. Gegebenenfalls ist auch ein konkreter Ansprechpartner zu benennen. Soweit mit Angebotsabgabe auch personenbezogene Daten von Beschäftigten des Referenzgebers übermittelt werden, geht der Auftraggeber bis zur Mitteilung des Gegenteils von folgendem aus:

- Die betroffenen Beschäftigten des Referenzgebers wurden über die Weitergabe ihrer personenbezogenen Daten informiert und
- Es besteht eine Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung.

Insoweit ist der Bieter/ die Bietergemeinschaft bei Übermittlung personenbezogener Daten der Ansprechpartner von Referenzgebern dafür verantwortlich, dass die aktuellen gesetzlichen Anforderungen an die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Innenverhältnis zu seinen Beschäftigten eingehalten und gewahrt sind.

5. Folgen bei Nichtabgabe der geforderten Angaben / Widerspruch

Der Bieter/ die Bietergemeinschaft ist verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen, unabhängig davon, ob es sich um unternehmensbezogene oder personenbezogene Daten handelt.

Falls die geforderten Angaben nicht gemacht werden, kann bzw. muss das Angebot – was in Abhängigkeit von den vergaberechtlich im konkreten Verfahren zu beachtenden und anzuwendenden Vorschriften zu erfolgen hat - vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Soweit personenbezogene Daten Gegenstand wertungsrelevanter Angaben sind, kann im Falle der wirksamen Ausübung des Rechts auf Widerspruch, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung keine Wertung erfolgen, sofern der Bieter/ die Bietergemeinschaft trotz der Nachforderung der Unterlagen gem. § 16a EU VOB/A diese nicht innerhalb der gesetzten Frist beibringt.

6. Keine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten

Eine Informationspflicht des Verantwortlichen wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Abs. 5 Buchst. c) DS-GVO nicht. Die Datenerhebung ist im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen (§§ 3, 6 UVgO).

Ausführungsbestimmungen zum Mindestlohngesetz (MiLoG)

Die Parteien vereinbaren hiermit vor dem Hintergrund des am 01.01.2015 in Kraft getretenen Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. Mindestlohns betreffend die zwischen ihnen gegenwärtig bestehenden sowie zukünftigen vertraglichen Beziehungen / Aufträge folgende zusätzliche Vertragsbedingungen:

- (1) Der / Die Auftragnehmer*in (*nachstehend abgekürzt AN*) / Arbeitsgemeinschaft (*nachstehend abgekürzt ArGe*) garantiert hiermit gegenüber dem / der Auftraggeber*in (*nachstehend abgekürzt AG*), dass er / sie die Vorschriften des MiLoG bzw. falls einschlägig des AEntG, im Hinblick auf die zur Leistungserbringung für den / die AG eingesetzten Arbeitnehmer*innen (*nachstehend abgekürzt ArbN*) einhält. Er / Sie garantiert ferner, dass auch seine / ihre Nachunternehmer (*nachstehend abgekürzt NU*), einschließlich der von NU jeweils beauftragten weiteren NU sowie die von ihm / ihr und den vorgenannten NU beauftragten Verleiher*innen von ArbN die Vorschriften des MiLoG / AEntG jeweils im Hinblick auf die zur Leistungserbringung für den / die AG eingesetzten ArbN einhalten.
- (2) Der / Die AN / ArGe stellt den / die AG von sämtlichen Ansprüchen frei, die von ArbN gegen den AG auf Grund eines Verstoßes gegen das MiLoG oder das AEntG durch den / die AN geltend gemacht werden, insbesondere aus der Bürgenhaftung gem. (§ 13 MiLoG i.V.m.) § 14 AEntG. Die vorstehende Freistellungspflicht gilt auch für Ansprüche, die von ArbN auf Grund von Verstößen von NU und Verleiher*innen gegen das MiLoG / AEntG gegen den / die AG geltend gemacht werden. In allen vorgenannten Fällen ersetzt der / die AN dem / der AG auch sämtliche Kosten, die dem / der AG durch eine Verteidigung gegen die geltend gemachten Ansprüche entstehen.
- (3) Ein Verstoß des / der AN / ArGe gegen das MiLoG / AEntG, der zu einer Haftung des / der AG gem. (§ 13 MiLoG i.V.m.) § 14 AEntG führt, berechtigt den / die AG zur außerordentlichen Kündigung des jeweiligen Vertrages aus wichtigem Grund, aus dem die Haftung erwächst. Das Kündigungsrecht gilt auch im Falle von Verstößen von NU und Verleiher*innen, die zu einer Haftung des / der AG gem. (§ 13 MiLoG i.V.m.) § 14 AEntG führen. Sonstige Rechte des / der AG bleiben jeweils unberührt.
- (4) Der / Die AN / ArGe wird dem / der AG auf dessen Verlangen bei begründetem Anlass innerhalb von 10 Tagen durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachweisen, dass er / sie und die NU und Verleiher*innen im Hinblick auf die ArbN ihren Pflichten zur Zahlung des Mindestlohns spätestens seit dem Vertragsbeginn, idealer Weise jedoch seit dem 01.01.2015 nachgekommen sind. Unterlagen im vorstehenden Sinne sind insbesondere Aufzeichnungen über geleistete Arbeitsstunden und die dafür gezahlte Vergütung einschließlich entsprechender Auszahlungsbelege und die Dokumente im Sinne von § 17 MiLoG. Soweit die Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, die für die Prüfung des / der AG nicht erforderlich sind, sind diese durch den / die AN / ArGe zuverlässig zu anonymisieren. Ein begründeter Anlass im vorstehenden Sinne liegt vor, wenn bei dem / der AG auf Tatsachen gegründete Verdachtsmomente bestehen, dass der / die AN / ArGe oder NU und Verleiher*innen, den Mindestlohn nicht oder nicht rechtzeitig an die im Verhältnis zum AG eingesetzten AN zahlen. Kommt der / die AN / ArGe seinen / ihren vorstehenden Nachweispflichten auch nach Ablauf einer von dem / der AG gesetzten Nachfrist von 10 weiteren Tagen nicht nach, gilt Abs. 3 S. 1 dieser „Zusätzlichen Vertragsbedingungen“ entsprechend.
- (5) Für die Beauftragung von NU gilt, dass der Einsatz von NU oder von ArbN von Verleiher*innen zur Erbringung der durch den / die AN / ArGe nach dem jeweiligen Vertrag geschuldeten Leistungen bedarf der vorherigen Zustimmung des / der AG, die letzterer nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verweigern wird. Ein wichtiger Grund in diesem Sinne liegt insbesondere vor, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der / die jeweilige NU oder der / die jeweilige Verleiher*in die Vorgaben des MiLoG nicht einhalten wird, etwa weil gegen ihn / sie innerhalb der letzten zwei Jahre ein Bußgeld wegen Verstoßes gegen das MiLoG oder AEntG verhängt oder er von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen wurde.
- (6) Im Übrigen bleiben sonstige zwischen den Parteien getroffene vertragliche Regelungen unverändert wirksam.